



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 074-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.202

Eingereicht am: 24.04.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: de Quervain (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Hiltbold (Thun, GRÜNE)
Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)
Widmer (Bern, GRÜNE)
Hilty Haller (Bern, GRÜNE)
Vanoni (Zollikofen, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 05.06.2025

RRB-Nr.: 729/2025 vom 02. Juli 2025
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Den Hochschulstandort Bern stärken – Forschungsprojekte mit Universitäten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den USA sicherstellen

Die aktuelle US-Regierung setzt wissenschaftliche Institutionen unter Druck, die Forschungs- und Lehrfreiheit an den Universitäten ist in Gefahr. Anhand willkürlicher Listen von Schlüsselwörtern werden Forschungsprojekte zu Themenbereichen wie Diversität und Inklusion, Geschlecht, Ungleichheit, Rassismus oder Frauen durchsucht, nicht genehme Forschungsprojekte herausgefiltert und die Fördermittel entzogen. Tatsächlich ist ein Grossteil sozialwissenschaftlicher und medizinischer Forschung davon betroffen und muss mit Streichungen der Projektgelder rechnen. Die Beispiele der letzten Wochen sind zahlreich.

In Anbetracht dieses Eingriffs in die Forschungsfreiheit bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Forschungsprojekte der Universität Bern sowie der Berner Fachhochschule mit US-amerikanischen Universitäten und Hochschulen sind von Budgetkürzungen aufgrund der aktuellen US-Regierung betroffen?
2. Wie hoch sind die entsprechenden Budgetkürzungen effektiv und wie hoch im Verhältnis zum Gesamtbudget der betroffenen Projekte?
3. Stellen die Universität und die Berner Fachhochschule auch bei der Vorbereitung neuer Fördergesuche für Forschungsprojekte mit Partnern aus den USA Auswirkungen von wissenschaftspolitischen Massnahmen der US-Regierung fest?

4. Kann der Regierungsrat im Falle von Budgetkürzungen ausserordentlich Gelder für die betroffenen Forschungsprojekte zur Verfügung stellen? Falls ja, sind diese an Bedingungen geknüpft? Falls er kein Geld zur Verfügung stellen kann, warum nicht?
5. Welche Massnahmen trifft der Regierungsrat, um angesehenen Forscherinnen und Forschern, die die USA aus politischen Gründen verlassen, im Kanton Bern eine Perspektive zu ermöglichen und so den Hochschulstandort Bern zu stärken?
6. Welche Möglichkeiten haben die Universität Bern sowie die Berner Fachhochschule, in diesem Bereich selbst aktiv zu werden?

Begründung der Dringlichkeit: Die Interpellation ist dringlich, da die Beiträge für verschiedenste Forschungsprojekte bereits eingestellt wurden.

Antwort des Regierungsrates

1. *Wie viele Forschungsprojekte der Universität Bern sowie der Berner Fachhochschule mit US- amerikanischen Universitäten und Hochschulen sind von Budgetkürzungen aufgrund der aktuellen US-Regierung betroffen?*

An der Universität Bern werden mit Stand vom 01.05.2025 insgesamt 18 Projekte aus Mitteln von US-Förderinstanzen finanziert:

- 12 Projekte durch die National Institutes of Health (NIH)
- 5 Projekte durch die US Congressionally Directed Medical Research Programs (CDMRP)
- 1 Projekt durch Air Force Office of Scientific Research (AFOSR)

Zusätzlich dazu gibt es 6 Projekte an der Universität Bern im Rahmen des Förderinstruments «SNF-NSF Lead Agency», in denen Forschende der Universität Bern vom Schweizerischen Nationalfond (SNF) finanziert werden und ihre US-Partner durch die National Science Foundation (NSF) der USA. Dabei sind die Budgets der Schweizer Forschenden nicht direkt betroffen, hingegen die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern in den USA, da Budgets der US-Partner, die von der NSF finanziert werden, momentan ausgesetzt sind. Es ist unklar, ob ihre Projekte zu Ende geführt werden können.

An der Berner Fachhochschule (BFH) ist keines der derzeit laufenden Forschungsprojekte mit US-Partnern von blockierten Finanzmitteln oder Budgetkürzungen betroffen. Die grosse Mehrheit dieser Partnerschaften sind indessen reine Forschungsk Kooperationen, in welchen keine Mittel aus den USA zur BFH fliessen.

Aus Sicht der Universität ist es derzeit schwierig abschätzbar, welche der genannten Projekte dauerhaft von Budgetkürzungen betroffen sind. Ein Teil dieser Projekte ist in Fachgebieten angesiedelt, die von der aktuellen Regierung der USA zumindest nicht explizit als «problematisch» angesehen werden. Allerdings wird die Liste der problematisch empfundenen Forschungsbereiche und -fragen kontinuierlich erweitert, ohne dass der diesbezügliche Prozess transparent gemacht wird. Zu den Bereichen, welche die US-Regierung bereits als «problematisch» markiert hat, gehören jedoch Themen, in welchen die Universität Bern eine starke und bedeutende Position einnimmt wie Klimawandel, Diversität/Biodiversität, HIV/AIDS, geschlechtsspezifische Medizin und Gesundheitsforschung.

Die NIH haben mittlerweile angekündigt, die Struktur ihrer Förderbeiträge bis zum 30. September 2025 neu zu gestalten, gemäss einer am 1. Mai 2025 publizierten Wegleitung ([Guide Notice NOT-OD-25-104](#)). Danach sollen ausländische Institutionen weiterhin unterstützt werden, zumindest wenn sie als Projektleitende Organisationen beteiligt sind. Ob dies auch für Konsortialpartner gilt, ist jedoch unklar.

Das grösste und am stärksten aktuell betroffene Projekt der Universität Bern ist «leDEA», ein internationales Forschungskonsortium im Bereich HIV-Forschung, für welches die Universität Bern seit Projektbeginn 2006 den Teil südliches Afrika koordiniert, welcher mehrere Länder und 1.8 Mio. Studienteilnehmende umfasst. Bisher hat die Universität kumuliert fast US\$ 50 Mio. Fördergelder von den NIH erhalten, wobei ein Grossteil davon an Projektpartner in Afrika weitergeleitet und vor Ort eingesetzt wurde. Die Freigabe der nächsten Jahrestanche (Mai 2025–April 2026) im Umfang von ca. US\$ 3 Mio. steht aus. Ob diese Gelder noch von den NIH gesprochen werden, ist derzeit ungewiss.

2. Wie hoch sind die entsprechenden Budgetkürzungen effektiv und wie hoch im Verhältnis zum Gesamtbudget der betroffenen Projekte?

Bis zum 08.05.2025 ist noch bei keinem der Projekte, bei denen die Universität Bern beteiligt ist, eine definitive Budgetkürzung durch US-Behörden bestätigt worden. Die Universität schätzt, dass, falls die bisher eingefrorene Finanzierung dieser Projekte tatsächlich eingestellt würde, insgesamt eine Gesamtsumme von rund US\$ 3.8 Mio. fehlen würde, um die Forschungsarbeiten planmässig abzuschliessen.

Davon entfallen rund US\$ 1 Mio. auf das leDEA Projekt (Anteil der Universität Bern; Anteil für Projektpartner beträgt ca. US\$ 1.9 Mio.) und rund US\$ 1.5 Mio. auf die restlichen NIH-Projekte. Dies entspricht ca. 25% des Gesamtbudgets aller NIH-Projekte an der Universität Bern.

Bei den CDMR und AFOSR-Projekten, welche in den USA dem Budget des Verteidigungsministeriums unterstehen, sind rund US\$ 1.3 Mio. betroffen, dies entspricht 59% des Gesamtbudgets.

3. Stellen die Universität und die Berner Fachhochschule auch bei der Vorbereitung neuer Fördergesuche für Forschungsprojekte mit Partnern aus den USA Auswirkungen von wissenschaftspolitischen Massnahmen der US-Regierung fest?

Die Universität Bern muss gegenwärtig davon ausgehen, dass in den von der aktuellen US-Regierung als «problematisch» gekennzeichneten Bereichen (z. B. Klima / Diversität / AIDS & HIV / geschlechtsspezifische Medizin & Gesundheitsforschung) bis auf Weiteres keine freie Forschung im bisherigen Sinne mit US-Finanzmitteln mehr möglich sein wird. Die Liste dieser Themenbereiche wird rasch erweitert. Mittlerweile gibt es Listen von verschiedenen Förderagenturen.

Bis mindestens Ende September dürfen ausländische Organisationen keine Gesuche bei den NIH einreichen – weder als Lead-Organisation noch als Partner. Schätzungsweise fünf geplante Projekte der Universität Bern sind davon betroffen, ebenso ein Projekt in der Evaluationsphase, welches – sollte es erfolgreich sein – laut NOT-OD-25-104 nicht mehr an die Universität Bern vergeben werden darf.

Momentan sind die Ausschreibungen des CDMRP noch für ausländische Organisationen offen, aufgrund der unsicheren und sich rasch ändernden Situation haben einige Forschende der Universität beschlossen, geplante Gesuche nicht einzureichen.

Die BFH stellt bisher bei der Vorbereitung neuer Fördergesuche mit Partnern aus den USA keine eindeutig und direkt auf Massnahmen der US-Regierung zurückzuführende Auswirkungen fest.

4. *Kann der Regierungsrat im Falle von Budgetkürzungen ausserordentlich Gelder für die betroffenen Forschungsprojekte zur Verfügung stellen? Falls ja, sind diese an Bedingungen geknüpft? Falls er kein Geld zur Verfügung stellen kann, warum nicht?*

Im Hochschul- und Forschungssystem der Schweiz besteht eine Aufgabenteilung. Die Trägerkantone der Hochschulen – für die drei Berner Hochschulen also der Kanton Bern – stellen durch ihre Grundfinanzierung, die mit Grundbeiträgen des Bundes verstärkt wird, die Forschungsfähigkeit der Hochschulen durch Kernpersonal und Infrastruktur sicher. Die Finanzierung spezifischer Forschungsprojekte und Spitzenforschung erfolgt dagegen in der Regel über Drittmittel, die grösstenteils über nationale und internationale Förderagenturen oder Förderprogramme im Wettbewerb vergeben werden. Wie vorstehend ausgeführt, sind bis zum 08.05.2025 noch keine definitiven Budgetkürzungen durch US-Förderagenturen aufgrund von Vorgaben der US-Regierung erfolgt. Sollten jedoch Kürzungen eintreten, müsste die Universität prüfen, inwiefern diese aus Mitteln aufgefangen werden können, die eigentlich ihrer Grundfinanzierung dienen und an den Leistungsauftrag des Regierungsrats geknüpft sind. Direkte, an bestimmte Forschungsprojekte geknüpfte Beiträge des Kantons an die Hochschulen sehen die Rechtsgrundlagen nicht vor. Der Kanton kann allenfalls durch seine Zuständigkeit für die Liquidität der Hochschulen gewährleisten helfen, dass diese ihre grundlegenden vertraglichen Verpflichtungen bei kurzfristigem Ausfall von zugesagten Drittmitteln erfüllen können.

5. *Welche Massnahmen trifft der Regierungsrat, um angesehene Forscherinnen und Forscher, welche die USA aus politischen Gründen verlassen, im Kanton Bern eine Perspektive zu ermöglichen und so den Hochschulstandort Bern zu stärken?*

Schweizer Hochschulen sind traditionell offene und attraktive Arbeitgeber für Spitzenforschende aus aller Welt, was sich auch an der BFH und ganz besonders bei der Universität Bern in einem sehr international zusammengesetzten Lehrkörper niederschlägt. Es ist gut möglich, dass sich bei Ausschreibungen der beiden Institutionen für offene Stellen angesichts der aktuellen Lage in den USA öfter starke Forschende bewerben werden, die heute an US-Hochschulen tätig sind. Sie werden diese Bewerbungen in jedem Fall mit Interesse prüfen. Die Personal- und Rekrutierungspolitik der Berner Hochschulen gehört indessen in ihren Autonomiebereich und der Regierungsrat plant nicht, in diese einzugreifen und er sieht auch keine Möglichkeit, die Finanzmittel der Hochschulen speziell zum Zweck der Rekrutierung von Forschenden aus US-Institutionen aufzustocken. Im Vordergrund steht für den Regierungsrat die Gewährleistung einer verlässlichen und ausreichenden Grundfinanzierung der Universität und der BFH, um sie weiterhin dazu zu befähigen, innerhalb der Vorgaben ihrer Leistungsaufträge und im Rahmen ihrer gesetzlichen Autonomie ein attraktiver Ort für vielversprechende Forschende mit einer offenen Forschungsatmosphäre zu sein.

6. *Welche Möglichkeiten haben die Universität Bern sowie die Berner Fachhochschule, in diesem Bereich selbst aktiv zu werden?*

An der Universität Bern sind allein im Jahr 2024 1'694 wissenschaftliche Publikationen in Kooperationen mit amerikanischen Forschungseinrichtungen entstanden. Damit sind die USA hinter Deutschland das wichtigste Land für Forschungszusammenarbeit. Insofern ist es von grosser Relevanz für die Universität Bern, die oft über lange Zeit aufgebauten und produktiven Kontakte zu den US-Forschenden zu pflegen und ihre Arbeit an den US-Hochschulen zu unterstützen. Ein aktives Abwerbungsprogramm oder derartige Massnahmen sieht die Universität Bern hingegen nicht vor.

Da es Hinweise gibt, dass die US-Regierung begonnen hat, unerwünschte Publikationen, Webseiten und Datensätze bei Behörden zu löschen (beispielsweise die National Oceanic and Atmospheric Administration und das US Department of Agriculture) sowie Druck auf wissenschaftliche Zeitschriften und Verlage ausübt, es ihnen gleich zu tun, setzt die Universität ihr Engagement für die weitere Stärkung von «Open Access» fort, um den Grundsatz der offenen Forschung und der frei zugänglichen Forschungsdaten und -ergebnisse zu gewährleisten. Dies tut sie konkret, indem sie ihre Forschenden ermutigt, Daten und Publikationen konsequent auf dem von der Universität Bern betriebenen und somit nicht dem Einfluss der US-Regierung unterworfenen BORIS Portal zu veröffentlichen, um sie weltweit zugänglich zu machen. Ebenso ermöglicht sie, Publikationen und Forschungsdaten von US-Forschenden, die von Zensur betroffen sein könnten und für die Forschung der Universität Bern wichtig sind, auf internen Servern zu speichern.

Wie die Universität erachtet es auch die BFH als nicht zielführend, die aktuelle Lage für ein aktives und gezieltes Abwerben von Forschenden aus den USA zu nutzen. Sie ist aber bereit, bei entsprechenden Vakanzen oder einer gesicherten Finanzierung (Drittmittel) temporäre oder auch dauerhafte Anstellungen starker Forschender aus US-Einrichtungen zu prüfen.

Die Universität Bern und die BFH setzen sich im Rahmen der nationalen Konferenz der Hochschulrektorinnen und -rektoren (swissuniversities) aktiv dafür ein, sich innerhalb des Schweizer Hochschulsystems zu koordinieren und mit entsprechenden Bestrebungen auf Europäischer Ebene (wie bspw. der Initiative «Choose Europe» der EU-Kommission) abzustimmen. Die Teilnahme an den EU-Forschungs- und Bildungsprogrammen, insbesondere an Erasmus+, sowie entsprechende Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Schweizer Hochschulen sind eine wichtige Voraussetzung dafür.

Verteiler

– Grosser Rat